

# Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verantwortlicher Redakteur: Dr. R. R. R.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Weichen behördlicherseits bestimmter Blatt.

Postfachkonto: Dresden 1532, Riesa Nr. 23

Nr. 11.

Dienstag, 14. Januar 1930, abends.

83. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Hintertags von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 29 mm breite, 5 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 29 mm breite Reklameweile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Ronger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Gortzstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigenstell: Wilhelm Dietrich, Riesa.

## Protest des Reichsbankpräsidenten im Haag.

### Beteiligung der Reichsbank an der Internationalen Bank gesichert.

Jedenfalls Einigung in der Frage der Sanktionsformel wurde gefunden und ist deshalb gefunden worden. Immer sind solche Formeln von untergeordneter Bedeutung, wenn es sich um normale Fragen und normale Bestimmungen handelt. Sie bekommen ihren fatalen Wert erst dann, wenn sich die Verhältnisse zwischen den vertragsschließenden Parteien wieder zuspitzen. An sich ist es dann auch gar nicht die Formel, die so bedeutungsvoll ist, aber jedem internationalen Konflikt geht immer der Streit um die moralische und juristische Berechtigung eines gewissen Vorgehens, sei es nun wirtschaftlicher, sei es militärischer Natur, voraus. Für diesen Fall möchte sich jede Partei die wichtigsten Trümmer in ihrer Hand sichern. Es ist gewiß bedauerlich, daß inmitten der Verhandlungen im Haag, die doch Friedensverhandlungen sein sollen, auch schon wieder solche Vorbereitungen auf einen diplomatischen Kampf getroffen werden müssen. Wie man diesen inneren Widerspruch der Konferenz bewerten will, hängt natürlich auch von allerhand subjektiven Momenten ab. Der Feststellung kann aus der Sanktionsformel und aus dem Umstand, daß sie überhaupt gesucht werden mußte, schon alle Umrisse der neuen künftigen Kriegssituation herauslesen. Der Optimist wird sich von der Hoffnung tragen lassen, daß die Formel ein bloßer Rechenpapier bleibe, weil die weitere wirtschaftliche und politische Entwicklung zuletzt doch an allen kriegerischen Vorhaben sicher vorbeiführen werde. Inzwischen ist auch Dr. Schacht in Haag eingetroffen, den die einen als den "starken Mann" begrüßen, der allein dem französischen Ministerpräsidenten ein entsprechendes Gegengewicht gegenüberstellen könnte. Die anderen fürchten von ihm, daß er die schon nahe bevorstehende Verständigung unnötig erschwere und den Geist der künftigen notwendigen Zusammenarbeit mit allerhand überflüssigen Belastungen beschwere. Die internationale Presse ist im allgemeinen auf den optimistischen Ton gestimmt. Es ist ja nun auch wirklich nicht sehr wahrscheinlich, daß die internationale Politik im letzten Augenblick noch von einem Wege abbiegen werde, der nach jahrelangem mühseligen Suchen endlich doch vor die Tore einer gemeinsam verwalteten internationalen Bank und also auch einer vernünftigen, nicht mehr so wie bisher, von der Politik belasteten Zusammenarbeit geführt hat.

### Zahlungstermin, Pfänderfrage, Moratorium geregelt.

#### Nur die Mobilisierungsfrage noch offen.

\* Haag. Die sechs einladenden Mächte traten am gestrigen Montag nachmittag zur Fortsetzung der Aussprache über die reparationspolitischen Fragen zusammen. Es verlautet, daß von den vier offenen Streitfragen in den beiden Verhandlungen drei grundsätzlich entschieden worden sind: 1. Zahlungstermine, 2. Aktivierung der indirekten Pfänder, 3. Moratorium. Die Regelung dieser drei Fragen soll in der Woche geschehen sein, wie sie sich in den Verhandlungen der letzten Tage abzeichnete. Deutschland leistet die Monatsraten des Youngplans aus dem Haushalt am 15. jeden Monats, die Zahlungen der Reichsbank am 20. jeden Monats. Die Forderung auf die Aktivierung des indirekten Pfandes der Gläubigermächte an die Reichsbankgesellschaft wird dagegen fallengelassen, ebenso bleiben die bestehenden Pfänder, wie sie im Youngplan vorgesehen sind, lediglich als indirekte Pfänder bestehen. In der Frage des Moratoriums werden die dahingehenden Bestimmungen des Youngplans unverändert aufrechterhalten, es wird lediglich eine nähere juristische Formulierung dieser Bestimmungen vorgenommen.

Offen bleibt somit nur noch die Frage der Mobilisierung der ersten Tranche der Zahlungen. Diese Frage wird vorläufig erst am Mittwoch nach Rückkehr des französischen Ministerpräsidenten entschieden werden.

### Reichsbank und V33. — Ein Brief Schachts.

#### Die Ausschubführung unterbrochen.

\* Haag. In den am Montag nachmittag zum erstenmal zusammengetretenen Organisationsausschuss für die V33 ist es gleich zu Beginn der Sitzung zu einem unerwarteten Vorfall gekommen.

Reichsbankpräsident Dr. Schacht hat dem Führer der im Ausschuss vertretenen amerikanischen Bankengruppe ein Schreiben überreicht, in dem Zweifel über die endgültige Beteiligung der deutschen Reichsbank an der V33 zum Ausdruck gebracht werden. In dem Schreiben erklärt der Reichsbankpräsident ferner, über die endgültige Stellungnahme der Reichsbank zur V33, werde das Direktorium der Reichsbank in der nächsten Zeit zu entscheiden haben.

Im Hinblick auf dieses Schreiben des Reichsbankpräsidenten ist die Sitzung des Ausschusses sofort unterbrochen worden.

Die sechs einladenden Mächte, deren Sitzung bereits zu Ende war, sind daraufhin sofort zu 10 Uhr zu einer neuen Sitzung einberufen worden.

In der Sitzung waren die sieben Notenbankpräsidenten der Gläubigermächte sowie der Vereinigten Staaten von Amerika vertreten. Die Verhandlungen wurden streng geheim geführt. Nach kurzer Zeit gingen jedoch in Konferenzfreien lebhaft Gerüchte über ernste Unstimmigkeiten um. Von belgischer und französischer Seite wurden Gerüchte verbreitet, nach denen angeblich Reichsbankpräsident Schacht Neuerungen abgelehnt haben sollte, wonach der Youngplan auf der ersten Haager Konferenz verfallt worden sei.

Die Erregung infolge des Schachtbriefes ist in allen Konferenzkreisen außerordentlich groß. Das Schreiben ist allerseits Gegenstand aller Verhandlungen. Alle übrigen Fragen sind damit völlig in den Hintergrund gedrückt. Uebereinstimmend besteht der Eindruck, daß durch den Schritt Schachts die gesamten Ergebnisse der Konferenz auf das tiefste berührt worden sind.

Ueber die Erklärung, die Schacht in der ersten Sitzung des Ausschusses zur Begründung seines Schreibens gegeben hat, sind nur gerüchteleise Einzelheiten zu erfahren. Danach bekundete er sich, daß Schacht hierbei auf die Verfallung des Youngplans durch die Verhandlungsergebnisse seit der Pariser Sachverständigenkonferenz hingewiesen und auch das deutsche belgische Marktabkommen, sowie die Abkommen mit Polen hervorgehoben hat. Seit jetzt jedenfalls, daß die deutsche Abordnung sofort auf den Schritt des Reichsbankpräsidenten die Folgerung gezogen hat, in dem Ausschuss der sechs Großmächte die Frage einer Beteiligung einer anderen deutschen Bankengruppe anstelle der Reichsbank zu erörtern. Die Folge davon wäre, daß die Reichsbank die nach dem Youngplan einen maßgebenden Einfluß auf die V33 ausüben und an der Durchführung des Youngplans maßgebend beteiligt sein soll, damit ausgeschaltet wäre.

### Die Berliner Blätter zum Schachtzwischenfall.

\* Berlin. Die Vorgänge, die sich aus der Veröffentlichung der Bedingungen Dr. Schachts für die Beteiligung an der V33 ergeben haben, werden von den Berliner Blättern in ausführlichen Meldungen aus dem Haag wiedergegeben. Ueber das Vorgehen des Reichsbankpräsidenten schreibt die "Germania", der Kampf mit Schacht werde von Regierung und Parteien, nicht von den Haager Delegierten ausgefochten werden müssen. Ueber es ist begreiflich, daß die Delegation sich von dem Leiter der Reichsbank im Haag unter diesen Umständen diktiert habe und nicht einen Entschluß auf heisse, der in letzter Stunde das schwierige ehrliche Ueberzeugung sein, daß der Dawesplan besser als sein eigenes Werk in der letzten Form sei, so solle er es offen sagen und man werde mit ihm reden können. Aber ein Vertiefungsspiel im Haag entbehe der Möglichkeit über seine Absichten — nicht etwa über seine Gründe — Klarheit zu erlangen. Das Blatt glaubt, daß Schacht diesmal den Vagen überspannt habe und daß diesmal nicht er der Sieger sein werde.

Die "DZ" hält es für ausgeschlossen, daß es gelingen könnte, eine private deutsche Bankengruppe aufzustellen, die an Stelle der Reichsbank treten könnte. Auf jeden Fall hätte im letzten Augenblick der Versuch gemacht werden müssen, den Krampf, den Dr. Schacht darstellte, politisch auszuhebeln und weitere Verbesserungen und Verfallungen des Youngplans zu verhindern.

Auch der "Börse" hält es geradezu für ausgeschlossen, daß gegen den Willen der Reichsbank eine andere Gruppe zur Ausführung des so scharf gewandelten Youngplans sich betätigen werde. Das Blatt findet es außerdem erstaunlich, daß die deutsche Delegation, die diesen Brief längst kenne, der auch vom Reichskabinett bereits besprochen worden sei, sich auf einmal so überrascht finde und nicht längst Schritte unternommen habe, um mit dem Reichsbankpräsidenten sich zu verständigen.

Die "Deutsche Tageszeitung" bedauert, daß die deutsche Delegation und der Reichsbankpräsident vor den Augen des Auslandes hier in offener Fehde lägen. Das hätte vermieden werden können. Die Hoffnungen, sich schließlich doch noch mit Schacht zu einigen, würden in Regierungsblättern aber noch nicht ganz ausgegeben. Auf der anderen Seite sind scharfmacherische Kreise am Werke, den Zwischenfall auszunutzen, um den militärischen und gefährlichen Reichsbankpräsidenten aus dem Sattel zu heben.

### Der Haager Zwischenfall in Pariser Betrachtung.

\* Paris. Der "Temps" konnte bereits bevor der Zwischenfall im Organisationsausschuss im Haag erfolgte, von dem Brief des Reichsbankpräsidenten Schacht berichten, durch den im Haag eine völlig neue Lage geschaffen worden ist. Dem "Temps" zufolge soll Schacht in seinem Brief erklärt haben, daß die Reichsbankdirektion an der Errichtung der V33 nur dann mitarbeiten werde, wenn sie in gewissen Fragen: deutsch-belgisches Marktabkommen und deutsch-polnische Finanzregelung Genugtuung erhalte. Angesichts des Schachtischen Widerstandes sowie der Unmöglichkeit anderer

von Schacht unabhängige deutsche Banken als Ersatz zu finden, bleibe, so fährt der "Temps" fort, nur die Vertagung der Konferenz übrig. Die deutsche Regierung werde dadurch Zeit erhalten, das Reichsbankgesetz abzuändern und Schacht von seinem Amt zu entfernen.

Im Gegensatz zum "Temps" konnte bereits die freizügigere unterrichtete "Agence économique et financière" berichten, daß für den Fall einer ablehnenden Haltung Dr. Schachts mehrere Lösungsmöglichkeiten bereits ausgearbeitet worden seien, vor allem, die Heranziehung der Deutschen Diskontogesellschaft und der Darmstädter Bank anstelle der Reichsbank.

### Der Schachtbrief kommt vom 30. Dezember.

\* Haag. Der französische Ministerpräsident Lardoux hat Montag abend vor der Presse u. a. folgendes erklärt: "In der heutigen Sitzung des Ausschusses für die V33 hat der deutsche Reichsbankpräsident Dr. Schacht erklärt, daß er bereits am 30. Dezember an den Präsidenten des Ausschusses, den Amerikaner Kennolly, ein Schreiben gerichtet habe, in dem er ihm mittelst, daß er aus politischen und finanzpolitischen Gründen einer Beteiligung der Reichsbank an der V33 mit der im Youngplan vorgesehenen Einlage von 100 Mill. M. nicht zustimmen könne. Er habe seine Zustimmung zu der Beteiligung von verbleibenden Voraussetzungen abhängig gemacht, die noch nicht erfüllt seien. Es handele sich für ihn um eine moralische Frage und er sei nicht in der Lage, seine Auffassung zu ändern. Dieses Schreiben wurde in der heutigen Sitzung des Ausschusses für die V33 verlesen."

Die Darstellung Lardoux wird von deutscher Seite im wesentlichen bekämpft. Von deutscher Seite wird er gegengängig mitgeteilt, daß bereits am Dienstag Verhandlungen mit der Reichsbankgesellschaft und der Verhandlung über die Beteiligung einer dieser Banken an der V33 aufgenommen werden. Die Entscheidung werde voraussichtlich im Laufe des Mittwoch fallen. Es besteht der Eindruck, daß der Reichsbankpräsident Dr. Schacht sich in etwas Unklarheit befindet, die vorgegebene Einlage der Reichsbank bei der V33 in Höhe von 100 Mill. M. vorzunehmen. Aus dieser Stellungnahme hat sich dann die Gesamtlage entwickelt.

### Der Gegenfall zwischen Schacht und den deutschen Ministern.

\* Haag. Von Seiten der deutschen Abordnung wird über den durch das Schreiben des Reichsbankpräsidenten gestifteten Zwischenfall folgende Darstellung gegeben:

In dem Schreiben vom 30. Dezember v. J. hat Dr. Schacht namens der Reichsbankdirektion dem Vorsitzenden des Organisationsausschusses für die V33 mitgeteilt, daß er die Mitwirkung der Reichsbank an der V33, von der endgültigen Erledigung der Haager Konferenz und der Annahme des Abkommens durch den Reichstag abhängig machte. Der Vorsitzende Kennolly, der dieses Schreiben der Sitzung des Ausschusses für die V33 am Montag verlas, wies den Reichsbankpräsidenten darauf hin, daß es unmöglich sei, die Frage der Mitwirkung der deutschen Reichsbank auf unbestimmte Zeit auszuschieben. Schacht erklärte sich jedoch nicht in der Lage, diesem an ihn gerichteten Appell nachzugeben.

Im Kreise der deutschen Minister hat sodann mit Dr. Schacht eine Besprechung stattgefunden, in der die Lage erörtert wurde. Es wurde an den Reichsbankpräsidenten die Frage gerichtet, ob er bei seinem Beschluß bleibe, die Mitwirkung der Reichsbank an der V33, jetzt noch nicht zur Verfügung stellen zu können. Dr. Schacht betonte auch hier, daß er außerstande sei, die Mitwirkung der Reichsbank als bald zur Verfügung zu stellen. Von den Mitgliedern der deutschen Abordnung wurde auf den Reichsbankpräsidenten eingewirkt, um ihn zu einer Änderung seiner Haltung zu bewegen. Es wurden die großen Gefahren hervorgehoben, die sich durch einen Gegenfall zwischen der Reichsregierung und dem Reichsbankpräsidenten ergeben könnten.

Die deutsche Abordnung steht vor Entscheidungen von größtem Ausmaß und durch den Schritt des Reichsbankpräsidenten werde die Lage erheblich erschwert. Dr. Schacht verzögert jedoch auf seinem Standpunkt. Daraufhin wurde in der gleichen Besprechung der im Youngplan vorgesehene Eventualfall der Heranziehung einer anderen deutschen Bankengruppe erörtert. Dr. Schacht erklärte, daß er gegen die Mitwirkung einer anderen deutschen Bankengruppe keinerlei Einspruch erheben würde und erklärte sich auch selbstverständlich bereit, alle Funktionen, die nach dem Youngplan die deutsche Notenbank übernehmen müsse, durchzuführen, auch wenn eine andere Bankengruppe an die Stelle der Reichsbank in die V33 einträte würde. Dr. Schacht erklärte sich auch bereit, weiter im Ausschuss für die V33 mitzuwirken.

Nach der gemeldeten neuen Sitzung der sechs einladenden Mächte ist die deutsche Abordnung sofort in Verbindung mit dem Reichsbankpräsidenten getreten.